

An

Thüringer Landtag

Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99996 ERFURT

Kultur- und Heimatverein Oberstadt e.V.

98530 Oberstadt

Betreff: STELLUNGNAHME

Thüringer Gesetz über die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sowie Gemeinden an Windparks

Sehr geehrte Frau Leibner,

der Kultur- und Heimatverein Oberstadt e.V. wurde um eine schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 7/8233 im Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages gebeten.

Für diese Möglichkeit bedanken wir uns und werden Ihnen mit diesem Schreiben die Sichtweise unserer Vereinsmitglieder und des Vorstandes mitteilen. Stellvertretend sicherlich noch für viele Menschen aus Südthüringen. Wir werden und können auf den Fragekatalog nicht eingehen, sondern äußern uns im Allgemeinen, da fast alle Fragestellungen sehr fachspezifisch sind.

Als Erstes ist es für uns jedoch überhaupt nicht nachvollziehbar, dass ein Thüringer Landtag zur Anhörung eines länderinternen Gesetzentwurfes, indem es laut Titel vordergründig um die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Kommunen Thüringens geht, Verbände, Vereine und Institutionen aus Bremen, Potsdam, Berlin, Würzburg, Greifswald, Lüneburg, Kassel, Düsseldorf, Wiesbaden, München, Loitz, Leipzig, Schwerin, Dessau etc. einholt, die die allgemeine Thüringer Meinung garantiert nicht widerspiegeln werden. Kommunen, Verwaltungsgemeinschaften, Städte und der einzelne Bürger sind absolut unterrepräsentiert, auch wenn man ihnen eventuell im mündlichen Anhörungsverfahren oder über die Diskussionsplattform Gehör schenken sollte. Umso deutlicher wird hier schon im Vorfeld, dass eine massive Politik gegen

den Willen der Bürger, insbesondere der Landbevölkerung, praktiziert wird. Denn alle o. g. weiteren Ansprechpartner sind in Städten zu Hause. Immer offensichtlicher stehen nicht wertschöpfende Institute, Verbände, Agenturen, Zentren und AG`s im Fokus und diese sehen wir schon vorab als die garantierten Befürworter, die hier zu Wort kommen, anstatt die maßgeblich Betroffenen. Sicherlich läuft deren „Expertengeplauder“ parallel zum Selbsterhalt und Sicherstellung ihrer Daseinsberechtigung.

Wer noch mehr Windräder will ist nicht wählbar! Dieses Plakat hängt seit der letzten Landtagswahl an unserer Dorflinde im Ortskern von Oberstadt. Zu dieser eindeutigen Botschaft stehen wir weiterhin uneingeschränkt. In Petitionen, Anhörungen, Demonstrationen und Aktionen haben wir Menschen aus Südthüringen, speziell des „Kleinen Thüringer Waldes“ ganz deutlich unseren Standpunkt dargelegt, ja sogar im Landtag öffentlich ausgesprochen und dennoch geht die RRG- Minderheitsregierung komplett konträre Wege. Sie ignoriert den Wählerwillen und sie treibt eine weitere Spaltung der Gesellschaft voran. Wo bisher Bürgerinitiativen und Kommunalverwaltungen an einem gemeinsamen Strang zogen, setzt man nun auf Interessenkonflikte. Demokratische Mittel und Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, um unsere Meinung und natürlich auch unseren Unmut zu äußern, werden mit Füßen getreten. Gewaltsam werden friedliche Demonstrationen zerschlagen, Petitionsauswertungen werden zur Endentscheidung hinausgezögert, bei Anhörungen werden Lösungsstrategien vorgegaukelt und Empathie vorgespielt. Man setzt auf eine Hinhaltenaktik und im Gegenzug entwickelt sich bei den Menschen ein hohes Maß an Misstrauen und Enttäuschung. Die sogenannte Politikverdrossenheit, die sich entwickelt, wenn der Souverän nicht mehr wahr und ernst genommen wird. Denn entgegen jeder Vernunft und Logik wird den Lobbyisten zugespielt. Doch bei diesem Spiel spielen wir nicht mehr mit.

Umso verwerflicher ist für uns die Tatsache, dass man einen Entwurf, ein undurchdringliches und widersprüchliches Konstrukt in Umlauf bringt, welches in keinsten Weise bis in die Tiefe durchdacht wurde und man erst im zweiten Schritt Machbarkeitsaussagen von Experten einholt und sich sogar auf Modelle anderer Bundesländer beruft. Wäre hier nicht die oberste Priorität, zuerst abzuwägen, ob dieses ThürWindBeteilG überhaupt umsetzbar ist? Anstatt viele Menschen zeitlich an deren Auseinandersetzung zu binden, obwohl alle Argumente hinreichend bekannt sind. Unser Umweltminister Bernhard Stengele betont jedoch schon ganz sicher im Sommerinterview des mdr, dass er davon ausgehe, den Gesetzentwurf mit den Stimmen der CDU durchzubringen. Aber aus Sicht des CDU-Fraktionschef Mario Voigt gibt es dazu noch Gesprächsbedarf. Zitat: „Die Menschen wollen entlastet werden, aber das wird nicht durch das Beteiligungsgesetz passieren.“ Denn Energie müsse bezahlbar werden, doch die aktuellen Pläne der Regierung seien „Bürokratiemonster“, so seine Aussagen im Interview und ganz nebenbei sagt er, „dass er sich von einem GÜNEN nicht sein Stimmverhalten bestimmen ließe.“ Wir können nur gespannt sein. Obwohl die gesetzlich verankerte Energiewende mit ihren ambitionierten Zielvorgaben für den Freistaat Thüringen mit 2,2 % Landesfläche bis 2032 reinste Utopie sind. Diese Feststellung ist zudem komplett unabhängig von der Akzeptanz der Menschen. Eine nach Bestechung anmutende Akzeptanzsteigerung der Bevölkerung bewirkt niemals

eine Beschleunigung der Realisierung der Vorhaben zur Erzeugung von „grünem Strom“ durch die Windenergie.

Denn der wichtigste Faktor bei WKA ist nun mal der Wind. Doch die WKA-Planungen im Binnenland basieren auf Wunschdenken, weil jegliche physikalische Gegebenheiten nämlich die der fehlenden Windleistungsdichte nicht gegeben sind. Somit ist jedes Windrad wegen der geringen Dichte der Luft und dem geringen Wirkungsgrad 1600-mal ineffizienter, als eine Wasserturbine. Und unsere Region ist definitiv ein Schwachwindgebiet.

Die dem ganzen Entwurf innewohnende psychologische Schuldzuweisung funktioniert erst recht nicht mehr. Denn Fakt ist: Es gibt keinen menschengemachten Klimawandel, wie man uns mandrahaft stets und ständig von allen Seiten einreden und uns Glauben machen will, aber die Tatsachen sehen anders aus. Die für eine Erderwärmung verantwortlichen Gase sind Kohlendioxid, Methan und Stickoxid sowie fluoridierte ozonschädigende Gase und Wasserdampf. Da der Wasserdampfanteil stetig gestiegen ist in den letzten 200 Jahren wirkt auch er sich wärmend aus. Diese Feuchtigkeitszunahme ist jedoch eine Folge des Klimawandels, nicht aber dessen Ursache. Da warme Luft mehr Wasserdampf speichert, als kalte Luft, steigt die Verdunstung der Meere und Ozeane. Wasserdampf verstärkt somit den Effekt der anderen sogenannten „Treibhausgase“ und das gravierende dabei ist, er bleibt in der Luft gespeichert, bis die Oberflächentemperatur sinkt. Und das kann Jahrhunderte dauern. Deshalb bleibt Wasserdampf, auch wenn wir keine Treibhausgase mehr produzieren, aufgrund seines eigenen Wärmeeffektes noch lange in der Atmosphäre erhalten. Und der Großteil des CO₂ kommt von den Meeren oder wenn Tiere atmen, Pflanzen verrotten, Vulkane ausbrechen. Sobald CO₂ in die Atmosphäre gelangt wird es mittels Photosynthese wieder von Pflanzen und Wäldern und Meeren absorbiert. Doch auch dieser Vorgang dauert sehr lange und somit bleibt der CO₂-Überschuss jahrhundertlang in der Atmosphäre gespeichert. Deshalb nutzt ein Null an CO₂ durch den Menschen überhaupt nichts! Die Konzentration dieser Gase wird weiterhin steigen, unabhängig davon, was wir heute unternehmen, Stickoxid aus den in Böden eingebrachten Düngern, Methan aus den Mülldeponien und Kohlendioxid aus den abgeholzten Wäldern. Umso mehr Menschen diese Faktenlage kennen, umso weniger Akzeptanz ist zu erwarten für alle sinnlosen Maßnahmen unter dem Decknamen: Klimaschutz!

Die Schritte der Bundesregierung sind durchschaut und wirken nur noch unglaubwürdig. Die Digitalisierung der Planungsunterlagen für Vorranggebiete und die Abwälzung der Verantwortung auf die Regionalen Planungsgemeinschaften, somit weniger Zeit und Zugriff auf die Vorhaben und natürlich weniger eingelegte Rechtsbehelfe seitens der betroffenen Bevölkerung und letztendlich beschleunigte Genehmigungsverfahren sind alles Maßnahmen, die zu schnelleren Bauunternehmungen von WKA´s führen sollen, ohne große, zeitverschwendende Hemmnisse oder umfangreiche Umweltverträglichkeitsprüfungen. Es stellt aber sicher keine Vereinfachung dar, sondern eher eine komplizierte, verwaltungstechnische Aufblähung mit Rechtsstreitigkeiten. Die Rolle der Gemeinden als Akteur für die Energiewende und den Klimaschutz aufzuführen, ist anmaßend, wo bekannter Weise kaum noch eine Gemeinde einen stabilen Haushalt vorweisen kann und den Bestechungsversuchen durch dieses Gesetz dann natürlich unterliegen könnte. Aber

da steht ja ein Kommunalabgabengesetz als wichtigste Rechtsgrundlage für die Einnahmen der Gemeinden. Hier sind nur die Erhebung von Gewerbe- und Grundsteuern als legitime Haupteinnahmequellen ausgewiesen. Eine Co-Finanzierung durch Nebeneinnahmen wäre unserer Ansicht nach verfassungswidrig.

Ihre Aussage, dass die Landbevölkerung die Leidtragenden des Windkraftausbaus seien, trifft es auf den Punkt. Die geplanten Beteiligungen an diesen Industriegiganten sind in keinsten Weise angebracht und ausreichend. Demgegenüber werden die versprochenen Erträge und Rendite sowieso oft nicht erreicht oder eingehalten. Die Natur ist nicht verkäuflich und wir sind nicht käuflich. Denn eine finanzielle Beteiligung mit gleichzeitiger Steuerlast ist lächerlich. Mit 0,2 Cent Windkraftteilhabe für Kommunen und 0,1 Cent für den Normalbürger werden wir geködert, während gleichzeitig von uns Steuerzahlern für die Vergütung von Windkraftbetreibern, die Errichtung von Windkraftanlagen erleichtert wird. Mit Umlagen und der neuen geplanten Co2-Bepreisung finanzieren wir sowieso die sinnlose große Transformation. 0,4 % der Landesfläche d.h. 8000 ha und 860 Anlagen im Moment mit einer Vision von 40.000 ha und 4000 Anlagen. Das ist die grüne Politik gegen die Landbevölkerung, gegen deren Interessen und Anliegen. Sie sollen es schultern, hinnehmen, akzeptieren, erdulden, ertragen, erheben. Das Mitleid wird kaschiert durch Akzeptanz. Industrialisierung unserer Heimat. Da kann einem als Kultur- und Heimatverein nur Angst werden, vor einer um sich greifenden Naturzerstörung mit ihren gigantischen Ausmaßen und teils irreparablen, allen bereits bekannten Schäden. Rücksicht auf die Natur ist bei diesen Plänen nicht zu erwarten. Denn sogar das Bundesnaturschutzgesetz wurde geändert und ermöglicht so neue Entfaltungsmöglichkeiten für WKA-Betreiber! Statt die Schadflächen in den Wäldern, die durch Trockenheit und Borkenkäferschädlinge entstanden sind, aufzuforsten, obliegt der Lobby das Argument, diese Flächen würden durch Windkraftanlagen nicht zerstört werden, da momentan dort kein Wald sei. Aber Aufforstungen und Neupflanzungen werden erschwert. Borkenkäferfallen sind nirgends zu finden. Der Anschein trügt nicht, dass hier keinerlei Bekämpfung und Eindämmung stattfinden, sondern der Ausverkauf unserer Wälder. Die Ängste und Befürchtungen der hiesigen Bevölkerung werden von den vielen Containertransporten täglich und offiziell belegt und sind nicht mehr zu leugnen. Nach erfolgten Kahlschlägen und den produktiven Großmaschineneinsätzen sieht der Wald katastrophal aus. Ein Schlachtfeld im wahrsten Sinne des Wortes. Alles was von einem gefälltten Baum übrig ist, bleibt kreuz und quer liegen. Wege und vor allem alte Hohlwege sind nicht mehr wiederzuerkennen. Metertief ausgefurcht. Bilder der Verwüstung, sodass die Funktionen eines Waldes kaum noch möglich sind. O2-Erzeugung, Wasserspeicher, Lebensraum und Erholung sind unmöglich, da lediglich die eine Funktion der Rohstoff/Holzgewinnung alles andere vernichtet hat. Also kann die Ansage nur lauten: Pflanz Bäume, statt Windräder! Setzt alles daran, um die Funktionsfähigkeit des Waldes wieder völlig herzustellen und ihn in einen klimastabilen Mischwald umzubauen.

In 30 Jahren ehrenamtlicher Vereinsarbeit sind in unserer Region viele Informationstafeln an markanten Aussichtspunkten, Flurstellen und Bergen entstanden und Rundwanderwege errichtet worden. Viele von Ihnen sind nicht mehr begehbar, erreichbar, weil die Waldregionen unwirklichen Mondlandschaften gleichen. Ist das der Lohn für das Engagement der Menschen? Prof. Werner Bätzing schreibt dazu in

seinem Buch „Das Landleben““das gemeinsame Engagement der Bewohner eines Dorfes, weder als Zwang noch als Unverbindlichkeit, sondern getragen von der gemeinsamen Verantwortung- besitzt also das Ziel, den eigenen Lebensraum so zu gestalten, dass er ein gutes Leben ermöglicht. Daraus kann dann ein unverwechselbares, ortsspezifisches und authentisches Dorfleben entstehen. Traditioneller Weise wird eine solche Lebenswelt, mit der sich ihre Bewohner identifizieren und in der sie sich zu Hause fühlen, als HEIMAT bezeichnet. „ Und angesichts der großen Unsicherheiten der Gegenwart gibt sie Halt. HEIMAT sieht er als eine gemeinsame, traditionsbezogene Lebensraumgestaltung. Und in diesem ländlichen Lebensraum, der unser aller Lebensgrundlage darstellt, dulden wir keine zerstörerische und ideologiebesessene Technologie. Im Thüringer Monitoringbericht vom 25.Mai 2023 wird diese These ebenfalls bestätigt, dass sich die Grundeinstellung zur Infrastruktur und der demzufolge kritischen politischen Einstellung von vielen Menschen in Dörfern und Kleinstädten sich deutlich von den Großstädtern unterscheiden. Denn auf dem Land will man schützen, was man kennt und liebt. Diese Nähe und Verbundenheit ist den Städtern fremd.

Ganz bemerkenswert ist eine Chinesische Studie, die die Tatsache bestätigt, dass Windräder Trockenheit und Dürre verursachen. Denn wenn dem Wind die gesamte mögliche Windenergie entzogen wird, können die Auswirkungen auf das Wetter und das Klima unvorhersehbar groß sein. In der Pressemitteilung vom 10.Mai 2023 wird untermauernd festgestellt, dass Windräder dem Boden und ihrer Umgebung sukzessiv Feuchtigkeit entziehen und diese austrocknen. Die Propeller der Windräder, so heißt es, wirken demnach wie Fächer, die nachts wärmere Luft aus oberen Schichten nach unten holen und den Boden erwärmen. Der Energieentzug senkt die Windgeschwindigkeit, damit den Wolkenzug und verringert den Niederschlag. Die Verwirbelung der Luft führt zum vertikalen Lufttransport, der Bodenfeuchte in die Höhe befördert und wegtransportiert, zudem bleibt der Boden wärmer. Durch den behinderten Druckausgleich zwischen Hoch-und Tiefdruckgebieten steigt tendenziell der Luftdruck und führt zu mehr trockneren Wetterlagen. Schließlich behindert die Bodenversiegelung durch Fundamente und Zufahrtsstraßen und Montageplätzen die Grundwasserbildung und führt zu weiterem Hitzestress bei direkt anliegendem Baummaterial. Auch beim DWD gibt es längst eine Abteilung, die sich mit dieser Thematik beschäftigt. Deren Tätigkeiten sind jedoch intern und vertraulich. Erhöhte Oberflächentemperaturen haben thermische Messungen aus dem Weltall ergeben, bei dem sich die gesamte Landschaft erwärmt. Eine homogene Wirkung ist demnach nicht mehr möglich. WAKE-Prinzip.

Wie schizophren wirken dann gleichzeitig die Forderungen an die Kommunen sich intensiv mit dem Hochwasserschutz auseinanderzusetzen und enorme Haushaltsmittel bereitgestellt werden, um in den Kommunen dem Klimawandel zu begegnen, indem die Feuerlöschteiche wieder instandgesetzt werden sollen. Dass die Ursache aber eigentlich nur am geschädigten Wald liegt, der seine Funktionen nicht mehr ausüben kann, wird in die Überlegungen nicht mit einbezogen. Der Wald muss Wald bleiben ! Wir Bürger von Oberstadt und Umgebung werden unser Lebensumfeld nicht für eine nicht funktionierende Technologie opfern, die nicht einmal eine bedarfsgerechte Energiebereitstellung ermöglicht. Windkraft wird nie eine Energieunabhängigkeit in Thüringen schaffen und die Gesetzesaktivitäten, welche es

uns einreden wollen, sind irreführend, risikobehaftet und verwaltungstechnisch schädlich für Kommunen, Privathaushalte und Unternehmen. Denn 280 m hohe WKA-Anlagen sind absolut überdimensioniert, erreichen aber dennoch nur wenige Stunden im Jahr volle Leistung, im Durchschnitt 20 % ihrer Nennleistung. Mit einer Standortgüte von 65 % ist das eine unrentable Technologie. Sie stehen somit einem erheblichen und unverhältnismäßig weitreichenden Eingriff in die Natur und in das Landschaftsbild entgegen. Denn WKA sind Industrieanlagen und sie zerstören in erheblichem Maße unsere über Jahrhunderte gewachsene Natur- und Kulturlandschaft, bedrohen Lebensqualität und Gesundheit und vernichten die letzten noch erhaltenen Lebens- und Ruheräume des Wildes und der Vogelwelt. WKA sind materialintensiv bei einer Lebensdauer von 20-30 Jahren. Kohle-KW laufen 20-30 Jahre. Kernkraftwerke über 60 Jahre. Industrieanlagen umgeben von Wald, das ist für den Wald eine Katastrophe. Großwindräder in Schwachwindgebieten sind optische Riesen, aber elektrische Zwerge und ein Ausbund an Unzuverlässigkeit!

Für eine sichere Stromversorgung ist eine zweite voll funktionsfähige und kostentreibende Parallelstruktur aus steuerbaren Kraftwerken notwendig, solange keine geeigneten und wirtschaftlichen Speichertechnologien verfügbar sind. Warum will man in Deutschland unbedingt diesen Weg einschlagen, den keiner unserer Nachbarländer geht. Selbst Schweden setzt voll auf Atomkraft. Christian Hirte sagte in seinem Interview am 15.08.23 im FW zur Atomkraft Folgendes: „Ich empfehle nicht, grünen Aktivisten auf den Leim zu gehen, sondern die banalen Zahlen anzuschauen. Unsere gesicherte Leistung ist dramatisch zurückgefahren worden und wir sind nicht in der Lage uns selbst zu versorgen. Wir kaufen teuren Strom ein, weil diese Menge gekürzt und die Preise massiv gestiegen sind. Deutschland hat sich damit in den ersten sechs Monaten dieses Jahres vom drittgrößten Strom-Exporteur Europas zum Stromimporteur entwickelt. Derzeit werden die Kohlekraftwerke zur Überbrückung über die Maße genutzt, es wird viel mehr Kohle verbrannt, als bisher und unsere CO₂-Bilanz hat sich deutlich verschlechtert. Was energie- und wirtschaftspolitisch hier gerade stattfindet, ist absolut unverantwortlich und kann nicht funktionieren!“ Besser kann man es nicht auf den Punkt bringen. Zweckoptimismus führt zu Fehlinvestitionen und ändert nichts an den physikalischen und ökonomischen Realitäten. Denn Fakt ist, dass alle bisherigen Bemühungen bislang so gut wie nichts gebracht haben und vor allem keine auch nur annähernd ausreichende Wende in den nächsten 20 Jahren bringen wird. Trotz der Investitionen in EE sind die Treibhausgasemissionen so hoch, wie nie zuvor, in den Meeren schwimmt immer mehr Plastik und ein grenzenloses Artensterben hat bereits eingesetzt. Auch die UN-Ziele und das Pariser Klimaabkommen werden eine Katastrophe nicht abwenden. Auch wenn der unabhängige Expertenrat vorweg Hans-Martin Henning den Handlungsdruck auf die Bundesregierung erhöht, dass das Klimaschutzprogramm nicht im Einklang mit den gesetzlich festgelegten Emissionswerten liege. Es fehle ein schlüssiges Gesamtkonzept, es gäbe keine Datengrundlagen für die Wirkung und Unsicherheiten bei den Annahmen, Maßnahmen würden vage formuliert und es gäbe Zweifel an der Umsetzung, die Ziele würden verfehlt und Strafzahlungen würden fällig. Und so wird das Szenario auch für uns Bürger immer offenkundiger. Plan- und wirkungslos lassen wir unsere Heimat nicht zuspargeln!

Laut den neuesten Zahlen des UBA ist der Energiesektor mit 34,4 % der größte Co2-Emittent, dazu gehören natürlich Kohle- und Gaskraftwerke. Und da verwundert es nicht, dass RWE, als größter Kraftwerksbetreiber auch der größte deutsche Einzelemitter mit 90 Millionen Tonnen Co2, gefolgt von Heidelberg Material mit 74,6 %, und auf dem 3. Platz der Industriegaserzeuger Linde mit 40 Mill. t ist. Deutschland und auch Thüringen kann und will hier Vorreiter sein, man kann aber den globalen Trend nicht umkehren! Denn die größten Verursacher sind nach wie vor China, USA und Indien. Wobei China, als Entwicklungsland ausgenommen ist und von uns noch Unterstützung bekommt.

Die ehemalige Umweltministerin Anja Siegesmund erklärte bereits am 17. März 2022 gegenüber dem FW- Zitat: „Ich bestreite gar nicht, dass wir vor einer riesigen Herausforderung stehen, die uns in den nächsten Monaten und Jahren massiv fordern wird. Es geht um Energieeffizienz und Ausbau der Erneuerbaren, wo immer möglich. Um das zu bewältigen, um auch die Kommunen gut zu beraten, brauchen wir im Umweltministerium mehr Stellen. Mit dem Personal, das wir jetzt haben, können wir die Kommunen einfach nicht angemessen befähigen, bei der Energiewende vor Ort ganz schnell voranzukommen. Wir brauchen mehr Leute. Wir müssen da alle Bremsen lösen.“ Mit dieser Kernaussage wird alles klar. Das LSG „Kleiner Thüringer Wald“ kann nicht ausgewiesen werden, auf Grund von Personalmangel, denn man braucht das Personal für ganz andere Ressorts. Und die Postenaffären sprechen ja aktuell Bände. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte und dann eine Entscheidung heißt es als Abschluss ihrer Aussagen. Die Debatte vermissen wir, aber ihre Entscheidung kennen wir. Dieser Entwurf ist der Garant für mehr Posten, doch das werden wir definitiv nicht unterstützen und finanzieren.

Auch Prof. Sigismund Kobe, ein Physikwissenschaftler der TU Dresden vertritt die Auffassung, dass der Ausbau der EE in Deutschland an seine geographischen, physikalischen, technologischen und ökonomischen Grenzen angelangt ist. Diese Auffassung teilen wir in Gänze. Gegenüber der Süddeutschen Zeitung sagt er –Zitat: „ Der rechnerische Effekt der Reduktion von Treibhausgas-Emissionen durch jede neue zugebaute WKA bzw. Photovoltaik wird sofort wieder nahezu zu Nichte gemacht, durch nötige Maßnahmen zur Stabilisierung des öffentlichen Stromnetzes. Weil es keine Speicher gibt, muss der Überschuss aus Wind- und Sonnenstrom abgeregelt oder mit einer Zuzahlung von „Entsorgungskosten“ an Abnehmer ins Ausland exportiert werden. Den Betreibern müssen laut Gesetz trotzdem für die entgangenen Einkünfte dieses Geister- oder Phantomstromes entschädigt werden. Aus dem 1. Quartal 2019 waren es 4 Millionen Euro täglich. Die Subventionszahlungen waren damals schon um 1,438 Milliarden Euro höher, als der Strom an der Strombörse.“ Eine solche Geldschleuder muss endlich gestoppt werden. Das Problem ist die Volatilität. Die Schwankungen sind es, die einen weiteren Ausbau als Unsinn abstempeln. Nachzulesen im Physikbuch der 8. Klasse, wie er immer wieder in seinem Vortrag betonte, an dem viele unserer Vereinsmitglieder anwesend waren.

Und was passiert am Ende der Laufzeiten? WKA werden niemals komplett entsorgt. Während der Turm, die Gondel und Einbauteile noch recyclebar sind, müssen die. ca. 3500 t schweren Stahlbeton-Fundamente aufwendig entsorgt werden, um den Grundzustand des Bodens wieder herzustellen, wobei die unterirdischen Wasserläufe und durch die Bodenverdichtung vernichtete Mikroorganismen nicht mehr existieren.

Aber auch die Vorarbeiten zum Fundament mit dem enormen Energieaufwand werden kaum berücksichtigt. Denn der Aushub und Abtransport, die Anlieferung mit Koffermaterial und dessen Verdichtung, dasselbe gilt nochmal für den Installations-, Lager und Kranabstellplatz sind energieintensiv. Ebenso der Abtransport für den gesamten Energieaufwand eines WKA von 16.500 MWh und 10.100t Co2Humus und die Anlieferung von Straßenbaumaterial umfassen mindestens 3500 m³, verteilt auf 300 Lastkraftwagen. Der folgende Aushub und Abtransport für Erdreich erfordert weitere 2600 m³ mit 220 Lastkraftwagen und dazu kommt noch der Dieserverbrauch. Das heißt umgerechnet ein Energieverbrauch von 612 MWh mit einem Co2-Ausstoß von 165 t pro WKA. Für die Fundamentherstellung können außerdem noch einmal 5,9 MWh für Roheisen und 2,5 t Co2, 7,5 MWh für die Weiterverarbeitung zu Stahl mit 1,7 t Co2, für die Armierung 2412 MWh mit 756t Co2 und für die Herstellung von Zement und Beton nochmals 4071,6 MWh und 4500tCo2 angesetzt werden. Für den Hybridturm kommen nochmals 1085 MWh mit 1200 Co2 hinzu und 6000 MWh mit 3360 Co2. Das ergibt nur für die Vorarbeiten: 14.200 MWh und 9981 t Co2. Weitere energetisch wesentliche Baustoffe sind 25 t Kupfer für die Generatorwicklung, 50 t für Stromleitung ins Umspannwerk, Neodym im Generator, 90 t Glasfasermatten und Epoxidharz, Farben und Lacke, 10m³ Balsaholz aus Equador. Dazu kommen enorme Energiemengen für den Abbau von Kupfererz, Kalkstein, Zement, Kies, Eisenerz bis zur Fertigung der Endprodukte. Des weiteren folgen Energiebedarf für die Montage und das Equipment der WKA inklusive Krane. Insgesamt ergibt dies eine solide Rechnung über den gesamten Energieaufwand von 16500 MWh und 10100 t Co2/WKA. Rechnet man den Energieaufwand für den Transport und den Rückbau inkl. Recycling noch dazu, wird die Amortisation bei 10-12 Jahren liegen. Und bei schlechten Windverhältnissen wohl die ganze Lebensdauer beanspruchen. Rechnet man noch das Abholzen des Waldes dazu kippt das Ganze schon in eine Negativbilanz. Ausgerechnet wurden diese Werte von Marcel Wehrli, Küttigen AG , veröffentlicht in der Schweizerzeit vom 5.Mai 2023. Und interessanter Weise zeigt er dort ein Beispiel einer deutschen Firma NORDEX, die noch Turmteile und Rotorblätter hergestellt hat, wegen zu hoher Herstellungs- und Transportkosten im Juli 2022 jedoch geschlossen wurde und nach Indien ausgelagert hat. In Zukunft kommen nun die Rotorblätter mit einem Containerschiff aus Indien mit einem Verbrauch von 3600 t Schweröl und einem CO2-Ausstoß von 11375 t.

Die Rotorblätter sind überhaupt nicht wiederzuverwenden. Denn die glasfaserverstärkten Teile werden bewiesener Maßen in Wüsten verscharrt und sie stellen auf ungewisse Zeit eine Umweltgefahr dar.

Gesundheitsrisiken durch tieffrequenten Schall, Infraschall und elektromagnetische 50 Hz-Wechselfelder werden in unverantwortlicher Weise bei Seite gewischt. Dringend notwendige Studien zu Langzeitfolgen sind nicht gewollt und werden gar nicht erst geplant. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit, dass Jedem laut Artikel 2 GG garantiert wird, interessiert hier Niemanden und auch das WTS-Syndrom nachgewiesen durch Dr. Nina Pierpont wird verneint. Obwohl selbst das Umweltbundesamt zu dem Ergebnis kommt, dass ein deutlicher Mangel an umweltmedizinisch ausgerichteten Studienergebnissen in Bezug auf „Geräuschbelastungen durch Infraschall bestehen. Diese unehrliche Umgehensweise mit der Gesundheit der

Bevölkerung ist ein weiterer Verneinungspunkt. Denn auch Gesundheit kann man nicht durch Geld ersetzen!

Aber auch weitere Beeinträchtigungen werden außer Acht gelassen, die durch Geld nicht abzustellen sind. Befeuerung bei Tag und Nacht, die als störend und absolute Lichtverschmutzung einzustufen sind.

Geräuschbelästigungen durch Schalldruck auf Narbenhöhe entspricht der Start- und Landebahn eines Flughafens. Die Rotor-Drehbewegungen mit ihrem periodischen Schattenwurf stellen eine immissionsrechtliche relevante Umwelteinwirkung dar. Der Schattenwurf, der durch die sich drehenden Rotorblätter erzeugt wird, erregt immer ein höheres Maß an Aufmerksamkeit und einen zwanghaften Blick. Dies führt zu erheblichen Irritationen und Konzentrationsschwierigkeiten für alltägliche Aufgaben.

Die Waldbrandgefahr ist durch WKA erheblich erhöht, da sich in den Gondeln bis zu 5000 l. Schmier- und Hydrauliköle befinden. Löschanöver sind unmöglich, nur ein kontrolliertes Abbrennen, was jedoch durch Funkenflug weiterhin erschwert wird.

Eiswurf, wobei Eisplatten bis zu 50 kg Eigengewicht bis zu 500 Meter weit geschleudert werden können, stellen eine weitere und hohe Verletzungsgefahr in unmittelbarer Nähe der WKA dar.

Immobilienwertverluste von ca. 30 % bis hin zur Unverkäuflichkeit. Unter Verweis Art. 14(3) GG (Eigentum) werden sich die Gerichte zunehmend mit der Frage nach Entschädigungsansprüchen auseinandersetzen müssen. Die Abstandsregeln zur Wohnbebauung sind unter 5 km absolut unmenschlich und müssen generell unterbunden werden.

Schädliche Inhaltsstoffe, wie das hochpotente Klima-Schwefelgas SF₆, das in Mittelspannungsleitungen der Schaltzentralen verbaut ist (3kg/WKA), das 23.500 Mal stärker als CO₂ einzustufen ist mit einer Lebensdauer in unserer Atmosphäre von 3500 Jahren und der Ressourcenverbrauch von 7000 t/je Anlage, die zu beträchtlicher Umweltzerstörung in den Zulieferländern führen, werden außer Acht gelassen.

Die Tötung von sehr vielen Vögeln, Fledermäusen und Insekten reißt in das ökologische Gleichgewicht irreparable Lücken, da für die Reproduktion der Arten nicht mehr ausreichend Tiere übrigbleiben. Der NABU Thüringen veröffentlichte am 23.08.23 erschreckende Zahlen, so seien laut Aussage von Fledermausexperten Michael Erhardt von den 25 in Deutschland heimischen Arten drei vom Aussterben bedroht, 19 sind auf der Roten Liste aufgeführt.

„Ziel muss es sein den ökologischen Fußabdruck des Menschen zu reduzieren, denn dieser basiert auf stetigem Wachstum, aber in unbedingtem Einklang mit der Natur. Die Menschheit muss endlich akzeptieren, dass sie nicht alles haben kann, weil die Natur ihre Grenzen vorgibt. Denn im Moment zerstören wir unsere Umwelt schneller, als sie sich regenerieren kann. Dieses vorherrschende Wirtschaftssystem des Öko-Kapitalismus, dass die Ressourcen dieser Erde als natürliches Kapital bewertet., versucht natürlich auch die Probleme der Welt durch Annäherung an marktwirtschaftliche und geldwertorientierte Prinzipien zu lösen, die diese Umweltprobleme aber erst verursacht haben. Denn es gibt kein natürliches Kapital, sondern nur Natur. Man bestärkt die Menschen darin, dass alles seinen Preis hat, ohne jedoch dessen

Wert zu kennen.“, so die Worte von Graeme Maxton, ehemaliger Generalsekretär des Club of Rome. Und genau das ist der Knackpunkt dieses Entwurfes, den wir hiermit nochmals strikt ablehnen. Denn für das zentrale Problem gibt es keine technologische Lösung und eine erkaufte Akzeptanz der Windkraft gehört ebenfalls nicht dazu.

Fazit: Immer mehr erkaufte Fläche für WKA ist abzulehnen, denn WKA verursachen:

Flächendeckende Landzerstörung- und entwertung

Unaufhaltsamen Artenrückgang

Verknappung des Wassers, der Nahrungs- und Futtermittel

Weitere Zerstörung der Wälder (Mikroklima, Trinkwasserneubildung)

Schädigung der Gesundheit von Mensch und Tier- Verletzung GG Art. 20a

Reduzierung land- und forstwirtschaftlicher Flächen

Rückgang der Lebensqualität der Bürger

Unsichere volatile Energieversorgung, mit unbezahlbaren Strompreisen

Negative Auswirkungen auf Industrie, Handwerk, Handel und Endverbraucher

Soziale Unruhen

Kultur- und Heimatverein Oberstadt e.V.

Ramona Schüler

Oberstadt, 25.08.23

Im Original gezeichnet.